

»» Wie und warum Generationenkonflikte beschworen werden



Dr. Andreas Mayert

Referent für Wirtschafts- und Sozialpolitik am Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD

andreas.mayert@si-ekd.de

I. Die drei Bedingungen für einen Generationenkonflikt

Ein gesellschaftlicher Generationenkonflikt setzt drei Dinge voraus. Die *erste Voraussetzung* ist, dass eine chronologische Generation, das heißt eine

Generation, deren Angehörige sich durch ihr Lebensalter von den Angehörigen anderer Generationen unterscheiden, Eigeninteressen bezüglich politisch beeinflussbarer Entwicklungen hat, die den Eigeninteressen der Angehörigen anderer Generationen widersprechen. Wir wollen dabei die Bezugsgröße „politisch beeinflussbare Entwicklungen“ bewusst weit fassen, denn in beinahe jedem Politikbereich können die Mitglieder verschiedener Generationen unterschiedliche Eigeninteressen haben. Wäre das Vorliegen eines Generationenkonflikts damit bereits ausreichend definiert, ließe sich vermutlich eine Vielzahl von Generationenkonflikten identifizieren. Die *zweite Voraussetzung* schränkt die mögliche Zahl von Generationenkonflikten jedoch ein: Die Angehörigen einer Generation müssen sich, wenn es um bestimmte politische Themenfelder geht, bewusst als Mitglieder einer durch ihre Generationenzugehörigkeit definierten Gruppe verstehen, die zwar nicht kollektiv, aber anteilmäßig stark überwiegend für die Vertretung *ihrer Eigeninteressen* in diesen Themenfeldern steht. Diese Interessenvertretung kann zum Beispiel die Form eines Verbandes annehmen. Es reicht aber vollkommen aus, wenn die Eigeninteressen einer Generation informell – ohne explizite Mitgliedschaft in einer Organisation – zum Ausdruck gebracht werden, etwa durch ein sehr ähnliches Wahlverhalten oder durch die Teilnahme an Protestaktionen. Wichtig ist nur, dass sich die Angehörigen einer Generation bei diesen Ausdrucksformen bewusst als Gruppe mit spezifischen Eigeninteressen verstehen. Die *dritte Voraussetzung* eines Generationenkonfliktes ist, dass mehr als eine Generation die beiden ersten Voraussetzungen erfüllt, denn ohne gegnerische Gruppe gibt es keinen Konflikt. Damit ist zugleich klar, dass es Generationenkonflikte grundsätzlich nur zwischen Zeitgenossen geben kann. Weder mit noch nicht geborenen noch

mit bereits gestorbenen Generationen lässt sich ein Generationenkonflikt austragen.

Anders als bei Fragen der Generationengerechtigkeit bleiben die vermuteten Eigeninteressen noch nicht geborener Generationen bei Generationenkonflikten im Prinzip außen vor. Ihre vermutlichen Eigeninteressen können zwar stellvertretend zum Ausdruck gebracht werden. Grundlage muss dann aber eine gut begründete Gerechtigkeitstheorie sein, die gesellschaftliche Verpflichtungen gegenüber nicht geborenen Generationen dem Grunde (Warum wird ihnen etwas geschuldet?), der Sache (Was wird ihnen geschuldet?) und dem Ausmaß nach (Wieviel wird ihnen geschuldet?) moralisch rechtfertigt. Wir wollen diese Frage, obwohl sie wichtig ist, in diesem Text nicht weiter beachten und uns ausschließlich mit den Konflikten zwischen gleichzeitig lebenden Generationen befassen.

II. Das Bedrohungsszenario einer politisch übermächtigen älteren Generation

Dass es Generationenkonflikte in bestimmten Bereichen gibt, wird häufig behauptet, ohne die Existenz eines solchen Konflikts zu belegen. Das Vorhandensein konfliktträchtiger Generationenbeziehungen wird als selbstverständlich vorausgesetzt. Für einen solchen, unhinterfragten Gebrauch des Begriffs Generationenkonflikt können beinahe unzählige Beispiele genannt werden, wir wollen uns hier zur Darstellung der Vorgehensweise auf einen typischen Fall beschränken: Eine Broschüre der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem programmatischen Titel „Plädoyer für einen neuen Generationenvertrag“.¹

Die Grundlage der im Plädoyer vorgebrachten Forderung nach einem (möglichst bald zu beschließenden) neuen Generationenvertrag ist dabei denkbar simpel. Sie fußt auf der Prognose, dass im Jahr 2030 43 Prozent der Wähler zur älteren Generation gehören werden.² Diese Wähler, so die Annahme, werden bei Wahlentscheidungen nur ihre Eigeninteressen berücksichtigen. Ihnen werde es, unterstellen die Autoren, vor allem um die Absicherung ihrer Alterssicherung gehen, während die Eigeninteressen jüngerer Generationen systematisch wenig Beachtung finden. Folge wäre, dass eine (weitere) Rentenreform in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, weil die ältere Generation bei Bundestagswahlen gegen jede Partei stimmen würde, die so etwas fordert: „Unschwer vorauszusagen, dass die Volksparteien ihre Politik zunehmend auf diese Bevölkerungsgruppe ausrichten werden“.³ Ähnliche Folgen ergeben sich für die Umweltpolitik: „Die Gefahr des

¹ Heinrich-Böll-Stiftung (2015) (Hrsg.): Freiräume für die Zukunft – Plädoyer für einen „Neuen Generationenvertrag“, Heinrich-Böll-Stiftung, Schriften zu Wirtschaftliches und Soziales Band 17, Berlin.

² S. o. A., S. 10.

³ S. o. A.

Verzehr der Zukunft durch die Gegenwart nimmt mit dem wachsenden Gewicht der älteren Jahrgänge bei Wahlen und Abstimmungen noch zu.⁴⁴ Auch für die Familien- und Bildungspolitik: „Kinderarmut ist in Deutschland mittlerweile wesentlich gravierender als Altersarmut. Trotzdem lässt sich unser Sozialstaat die Alten viermal mehr kosten als die Jungen. Auch die Bildungsausgaben pro Schüler liegen in Deutschland unterhalb des OECD-Durchschnitts.“⁴⁵ Und in punkto Zukunftsinvestitionen heißt es: „Die Attraktivität opportunistischer Klientel-Politik bedeutet in einer alternden Gesellschaft wie der deutschen, dass – Stichwort „Rente mit 63“ – kühl kalkulierend die Steuergelder dort ausgegeben werden, wo am meisten Stimmen zu holen sind, nicht, wo der intergenerativ ausgewogene Bedarf am größten ist.“⁴⁶

Die Begründungslinie ist also für alle geschilderten Politikbereiche gleich:

Die ältere Generation kümmert sich in ihrem Wahlverhalten allein um Eigeninteressen, die Politik fügt sich den Mehrheitsverhältnissen und die dann für die ältere Generation in zu großem Ausmaß verausgabten staatlichen Mittel fehlen in Politikbereichen, die den Interessen jüngerer Generationen dienen.

Es existiert den Verfassern des Plädoyers zufolge eine ältere Generation, die die ersten beiden Voraussetzungen für einen Generationenkonflikt bereits erfüllt, und es muss das Ziel sein, möglichst schnell eine Gegenmacht der jüngeren Generation – mithin die dritte Voraussetzung für einen Generationenkonflikt – zu etablieren, bevor die ältere Generation politisch übermächtig wird.⁷

Aber existiert ein solcher Generationenkonflikt tatsächlich oder ist er in nächster Zukunft zu erwarten? Was die Autoren des Plädoyers schildern, ist ein durchaus bedrohliches Szenario. Die erste Frage, die an dieser Stelle gestellt werden muss, lautet daher, ob verschiedene Generationen tatsächlich vor allem ihre Eigeninteressen vertreten. Die Autoren des Plädoyers widmen dieser Frage keine Zeile. Wir wollen einmal näher hinschauen.

III. Zur Dynamik und Zuordnung politischer Einstellungen

Wir beginnen mit der Frage, inwieweit politische Präferenzen fixe Größen sind, die sich beim altersbedingten Hinzutritt zu einer Generation inhaltlich eindeutig formieren und bis zum alters- oder ablebensbedingten Austritt aus einer Generation nicht mehr ändern. Für die Autoren des obigen Plädoyers ist das eine zentrale Annahme. Wäre dem so, dann müssten politische Einstellungen zu generationenrelevanten Fragen in der Gesamtbevölkerung kurzfristig sehr stabil sein, denn in einem engen Zeitraum ändert sich der Altersaufbau einer Gesell-

schaft nur minimal, was somit auch für die geäußerten Präferenzen der Bevölkerung gelten müsste. Ein Zeitraum von etwas weniger als 3 Jahren dürfte die Bedingung erfüllen, hinreichend kurz zu sein. Vergleicht man in diesem Sinne die von Befragten genannten wichtigsten Politikfelder im Jahr 2017⁸ mit den in einer Umfrage (des gleichen Instituts) im Januar 2020 von den Befragten genannten wichtigsten Politikfeldern⁹, sollten höchstens kleine Veränderungen zu beobachten sein. Im Juli 2017 dominierte das Thema Flüchtlinge (44 Prozent). Die generationenrelevanten Themen Rente (17 Prozent), Bildung (14 Prozent) und Umweltschutz/Klimawandel (6 Prozent) folgen auf den Plätzen 3, 4 und 9. Im Januar 2020 hatte das Thema Umweltschutz/Klimawandel sieben Plätze gutgemacht und lag mit 27 Prozent auf dem 2. Platz, Bildung besetzte nun mit 15 Prozent Platz 3 und Rente folgte mit nur noch 13 Prozent auf dem Platz 5.

Damit ist nicht nur die These fixer Generationenpräferenzen widerlegt. Zusätzlich zeigt sich auch, dass von einer zunehmenden Dominanz der für die ältere Generation relevanten beziehungsweise einer zunehmenden Bedeutungslosigkeit der für die jüngere Generation relevanten Themen nicht die Rede sein kann. Das wird sich in den nächsten Jahren wiederholt ändern, was aber nur erneut verdeutlicht, dass Generationenpräferenzen nicht fix sind.

Betrachten wir als nächstes das mutmaßlich für die ältere Generation maßgebliche Thema Rente ganz direkt. In einer Umfrage aus dem Jahr 2018 wurden Berufstätige und Rentner/Pensionäre danach gefragt, wie die Renten am besten gesichert werden können. 32 Prozent der Rentner/Pensionäre sind für eine Erhöhung der Rentenbeiträge – aber auch 31 Prozent der Berufstätigen. 31 Prozent der Rentner sind für eine Erhöhung des Renteneintrittsalters – aber auch 29 Prozent der Berufstätigen. Eine Rentensenkung befürworteten erwartungsgemäß nur 5 Prozent der Rentner/Pensionäre – unter den Berufstätigen sind es nur 4 Prozent. Beitragszahler und Rentner unterscheiden sich in ihren Präferenzen bezüglich der Rentenpolitik somit nicht, obwohl von den ersten beiden genannten Maßnahmen allein Berufstätige negativ betroffen wären.

In einer weiteren Frage wurden die Befragungsteilnehmer gebeten, eine Einschätzung zu den wahrscheinlichen Folgen des demografischen Wandels abzugeben. An erster Stelle liegt mit 83 Prozent die Antwort: „Die Altersarmut wird zunehmen.“¹⁰ In der Bevölkerung besteht somit nicht die Befürchtung, künftig von einer übermächtigen älteren Generation zur Kasse gebeten zu werden. Vielmehr scheinen die Bedürfnisse von Rentnern und Pensionären nach Einschätzung der Befragten politisch kein hohes Gewicht zu genießen.

Wenn es um Familienpolitik geht, existieren hingegen etwas größere Unterschiede zwischen den

⁴ S. o. A., S. 13.

⁵ S. o. A., S. 56.

⁶ S. o. A., S. 47.

⁷ Roppel, der sehr ähnlich argumentiert, schlägt explizit die Gründung einer „Partei der Jungen“ vor. Vgl. Roppel, U. (2013): Generationenpolitik – Der drohende Generationenkonflikt, rwi Materialien Heft 74, Essen, S. 58.

⁸ infratest dimap (2017): ARD DeutschlandTREND Juli 2017, Folie 3 und infratest dimap (2020): ARD DeutschlandTREND Januar 2020, Folie 7.

⁹ Die Umfrage aus dem Januar 2020 wurde gewählt, weil seit Ausbruch der Corona-Pandemie verständlicherweise die Pandemiebekämpfung als wichtigstes Politikfeld dominiert. Da dieses Politikfeld im Jahr 2017 noch nicht existierte, macht ein Vergleich mit jüngeren Umfragen keinen Sinn.

¹⁰ Bertelsmann Stiftung (2017) (Hrsg.): Demographischer Wandel: Wahrnehmungen und Einschätzungen der Bevölkerung, Gütersloh, S. 22 und S. 10.

Generationen, aber von einer rein selbstbezogenen älteren Generation kann hier nicht gesprochen werden. So befürworten 72 Prozent der 16- bis 29-Jährigen einen Ausbau der Kinderbetreuung. Bei den Rentnern sind es immerhin 66 Prozent, obwohl eine solche Politik ihnen selbst wenig bis überhaupt nicht nützt.¹¹

Weitere Evidenz dafür, dass reine Eigeninteressen der Generationen nicht vorausgesetzt werden sollten, liefert eine Studie von Nauman et al.¹² Die Autoren untersuchten in 27 EU-Staaten, wie stark das Eigeninteresse der Generationen ausgeprägt ist. Um diese Frage zu beantworten, wurden die Einstellungen jüngerer (18- bis 35-Jährige) und älterer Befragter (über 60-Jährige) zu zwei Aussagen miteinander verglichen: 1. „Unsere Regierung sollte mehr Geld für Rente und Pflege bereitstellen“. 2. „Unsere Regierung gibt zu wenig für Bildung und junge Menschen im Vergleich zu älteren Menschen aus“. Die Ergebnisse der Studie sprechen weder für eine große Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse älterer Generationen noch für rein eigeninteressierte Präferenzen beider Generationen. Obwohl Deutschland den höchsten Altenquotient aller betrachteten Staaten aufweist, befindet es sich unter den Ländern mit der geringsten Befürwortung einer altenfreundlichen Politik (weniger als 30 Prozent unterstützen eine solche Politik). Eine Gerontokratie sieht wohl anders aus. Der Unterschied in der Zustimmung zu einer altenfreundlichen Politik zwischen jungen und alten Befragten liegt in Deutschland zudem bei nahe null.¹³ Betrachtet man alle EU-Staaten gemeinsam, befürworten 43 Prozent der älteren und 39 Prozent der jüngeren Generation eine altenfreundliche Politik. Keine der beiden Generationen zeigt sich somit, trotz eines erwartbaren – aber nur kleinen – Unterschieds im Antwortverhalten, überwiegend eigeninteressiert.

IV. Die Bedeutung intrafamiliärer Beziehungen und Transferleistungen

Der Grund dafür, dass Generationenkonflikte – jedenfalls bei Verteilungsfragen – in Deutschland keine große Rolle spielen, dürfte zu einem großen Teil darin liegen, dass Familien als Vermittlungsinstanzen zwischen den Generationen eine wichtige, aber oft vergessene Stellung einnehmen. Dabei geht es zum einen darum, dass zwischen familialen Generationen emotionale Beziehungen bestehen, die Politikpräferenzen mitprägen: Viele Angehörige der älteren Generation haben Kinder und Enkel, und deren Lebenschancen sind ihnen überwiegend ebenso wenig gleichgültig, wie umgekehrt Kinder und Enkel zumeist Anteil am Wohlbefinden ihrer Eltern und Großeltern nehmen. Nach Daten des Alterssurveys 2016 bezeichnen beispielsweise 88,8 Prozent der befragten Eltern ihre Beziehung zu erwachsenen und nicht mehr im Haushalt lebenden Kindern als eng.¹⁴ Über diese emotionale Generationensolidarität hinaus bestehen zwischen fami-

lialen Generationen monetäre und nicht-monetäre Transferbeziehungen. Vor allem erstere sorgen dafür, dass bereits vor Eintritt eines Erbfalls erhebliche Teile des Geldvermögens der älteren Generation an die jüngere Generation (zurück)fließen. Auch hierzu liefert der Alterssurvey 2016 Daten. So leisteten 2014 37,5 Prozent der 55- bis 69-Jährigen und 28,5 Prozent der 70- bis 85-Jährigen finanzielle Unterstützungsleistungen für ihre Kinder. In beiden Fällen liegen die Zahlen deutlich höher als 1996. Das Vorliegen von Finanzströmen in umgekehrter Richtung bewegt sich hingegen im unteren einstelligen Prozentbereich. Kinder helfen ihren Eltern eher durch Dienstleistungen, allerdings sind diese Zahlen deutlich rückläufig. Gaben 1996 noch 19,5 Prozent der Kinder 70- bis 85-jähriger Eltern an, ihnen durch die Erbringung von Dienstleistungen zu helfen, waren es 2014 nur noch 11,7 Prozent.¹⁵ Die Forscher schließen daraus: „Angesichts der genannten Verschiebungen kristallisiert sich im Jahr 2014 noch deutlicher als für 1996 das für die Beschreibung des Austausches zwischen den Generationen geprägte Kaskadenmodell heraus: Generationenabwärts fließende Transfers – unabhängig ihrer Art – übersteigen die in entgegengesetzter Richtung erbrachte Unterstützung. Die Bilanz von Nehmen und Geben fällt zugunsten der jüngeren Generationen aus (...).“¹⁶

Das geschilderte Ergebnis könnte den Eindruck erwecken, dass es nicht gierige Alte, sondern eigensüchtige Junge sind, die die Grundlage eines Generationenkonflikts bilden. Aber auch dem ist nicht so. Ein gutes Beispiel dafür liefert die Corona-Pandemie. Weil die Fall-Sterberate von Corona-Infektionen mit dem Lebensalter deutlich zunimmt – bei unter 50-Jährigen liegt sie bei 0,1 Prozent, bei über 80-Jährigen bei 10 Prozent,¹⁷ könnte man die These aufstellen, dass jüngere Menschen, wenn sie hauptsächlich ihre eigenen Interessen berücksichtigen, die mit Infektionsschutzmaßnahmen zusammenhängenden Einschränkungen im Alltag kritischer sehen als ältere Menschen. Tatsächlich lassen sich Einstellungsunterschiede beobachten, die allerdings eher auf Unterschiede im sozialen Konsum (Besuch von Restaurants, etc.) und damit auf eine abweichende Bedeutung bestimmter Einschränkungen für das sonst übliche Freizeitverhalten zurückzuführen sein dürften als auf Rücksichtslosigkeit gegenüber der älteren Generation aufgrund eines geringeren Sterberisikos. Nach einer Umfrage des Bundesinstituts für Risikobewertung vom November 2020 zeigen sich zwischen den Generationen keine Unterschiede bei der Bewertung von Infektionsschutzmaßnahmen, bei denen eine gegenseitige Rücksichtnahme im Mittelpunkt steht (Maskenpflicht, Abstandsregelungen, Quarantänepflicht, ...). Die Zustimmungswerte zu diesen Maßnahmen liegen über die Generationen hinweg bei 90 Prozent oder höher. Anders sieht es beim

¹¹ S. o. A., S. 25.

¹² Naumann, E./Hess, M./Steinkopf, L. (2015): Die Alterung der Gesellschaft und der Generationenkonflikt in Europa, in: Zeitschrift für Soziologie 44 (6), S. 426–446.

¹³ S. o. A., S. 440.

¹⁴ Mahne, K./Wolff, J./Simonson, J./Tesch-Römer, C. (2016) (Hrsg.): Altern im Wandel: Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey, Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin, S. 235.

¹⁵ S. o. A., S. 262–263.

¹⁶ S. o. A., S. 264.

¹⁷ Robert Koch Institut (2020): Epidemiologischer Steckbrief zu SARS-CoV-2 und COVID-19, Stand: 13.11.2020, URL: https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html;jsessionid=DB2C734D6A8D33A22F6D75CC3FC42E94.internet101#doc13776792bodyText8 [26.11.2020].



Abgabeverbot von Alkohol oder bei der Schließung von Gastronomiebetrieben aus – diese Maßnahmen bewertet die ältere Generation (60 Jahre und älter) im Vergleich zur mittleren (40 bis 59 Jahre) und jüngeren (16 bis 39 Jahre) Generation häufiger als angemessen.¹⁸ Hier werden unterschiedliche Eigeninteressen auf Grundlage divergierender Freizeitpräferenzen zum Ausdruck gebracht, aber keine konfliktbegründende Rücksichtslosigkeit gegenüber der älteren Generation, denn sozialer Konsum lässt sich in Abwesenheit eines Verbotes freiwillig meiden. Dass sich jüngere Generationen im Regelfall rücksichtsvoll verhalten, zeigen auch die Antworten auf eine weitere Frage, nämlich danach, welche Schutzmaßnahmen die Befragten denn tatsächlich ergreifen. Über die Generationen hinweg halten sich die Befragten in großer Mehrheit nicht nur an verpflichtende, sondern auch an freiwillige Maßnahmen – beispielsweise „seltener das Haus verlassen“ oder „seltener Freunde und Familie treffen“.¹⁹

Generationenkonflikte zwischen Zeitgenossen spielen in Deutschland eine sehr untergeordnete Rolle. Die bislang besprochenen Themen liefern dafür auch kaum eine empirische Grundlage, was neben den familialen Beziehungen ein wichtiger Grund für das eher konfliktfreie Verhältnis der Generationen sein dürfte. Die in Deutschland gezahlten Renten sind infolge einer Vielzahl bereits erfolgter Rentenreformen alles andere als generös,²⁰ gleichzeitig lohnt sich aber aufgrund stabiler Rentenbeiträge die Mitgliedschaft in der Deutschen Rentenversicherung auch noch für die jüngeren Generationen.²¹ Die deutschen Bildungsausgaben liegen im internationalen Vergleich tatsächlich im un-

teren Mittelfeld, aber das ist seit Jahr und Tag so und hat sich auf ältere Generationen ebenso negativ ausgewirkt wie auf jüngere.²² Insbesondere aber haben Rentenausgaben damit überhaupt nichts zu tun. Für Bildungsausgaben sind hauptsächlich die Bundesländer verantwortlich. Renten und Pensionen werden von Sozialversicherungen und aus dem Bundeshaushalt finanziert.

Allerdings haben wir bislang noch ein politisches Themenfeld außer Acht gelassen, in dem ein Generationenkonflikt nicht nur eine materielle Grundlage haben könnte, sondern womöglich sogar wünschenswert wäre: Die Klimapolitik.

V. Klimaproblematik im Reden und Handeln

Sind Grundlagen für einen Generationenkonflikt vielleicht in Klimafragen gegeben? In der Vergangenheit wurden Fragen der Klimapolitik überwiegend als Probleme der Gerechtigkeit zwischen der gesamten aktuell lebenden Generation – egal ob jung oder alt – und noch nicht geborenen Generationen diskutiert. Das ist heute nicht mehr angemessen. Die erheblichen negativen Auswirkungen der Erderwärmung werden nicht nur noch nicht geborene Generationen, sondern – konservativ geschätzt – auch die heute unter 25-Jährigen zu spüren bekommen. Die Grundvoraussetzung für einen Generationenkonflikt ist somit gegeben, denn Leidtragende des Klimawandels sind mittlerweile Angehörige einer bereits geborenen und altersmäßig ungefähr bestimmbar Generation. Auch verstehen sich größere Teile dieser Generation offenbar als Gruppe mit gleichen Eigeninteressen und

¹⁸ Bundesinstitut für Risikobewertung (2020): BfR Corona Monitor v. 10.–11. November 2020, Berlin, Folie 27.

¹⁹ S. o. A., Folie 28.

²⁰ Vgl. z. B. European Commission (2018): Pension Adequacy Report 2018, S. 34.

²¹ Deutsche Rentenversicherung (2020): Rente: So wird sie berechnet, S. 25.

²² Statistisches Bundesamt (2019): Bildungsfinanzbericht 2019, Wiesbaden, S. 83.



finden Ausdrucksformen dafür. Die Klimaproteste von (hauptsächlich) Schülern und Schülerinnen in den letzten Jahren und die dabei gewählten Mittel – Streiks und Demonstrationen – sind die wenigen Ausdrucksformen, die dieser Generation mangels Wahlrecht zur Verfügung stehen.

Für einen Generationenkonflikt fehlt aber noch die gegnerische chronologische Generation mit abweichenden Eigeninteressen. Sind es die Angehörigen aller älteren Generationen? Ganz unabhängig von der Frage, ob sich deren Angehörige als Mitglieder einer Gruppe mit gleichen Eigeninteressen versteht: Eine vom Umweltbundesamt 2018 durchgeführte Umfrage lässt wenig Einstellungsunterschiede zwischen Jungen und Alten beim Thema Klimaschutz erkennen, obwohl ältere Generationen von den negativen Auswirkungen des Klimawandels kaum betroffen sein werden. Auf die Frage, wie wichtig es ist, die Erderwärmung auf unter 2 Grad zu begrenzen, sind 93 Prozent der 14- bis 19-Jährigen der Meinung, das sei sehr wichtig oder wichtig. Bei den über 70-jährigen sind es 94 Prozent. Auf die Frage, ob die Bundesregierung genug tue, um die Klimaziele zu erreichen, antworten 85 Prozent der 14- bis 19-Jährigen mit eher nicht genug/nicht genug. Bei den über 70-Jährigen sind es 83 Prozent. Bei den übrigen Altersgruppen sind die Werte sehr ähnlich. Es scheint also mangels unterschiedlicher Eigeninteressen kein Generationenkonflikt zu bestehen.²³

Nun können geäußerte Eigeninteressen und tatsächliches Verhalten auseinander fallen. Gibt es Unterschiede im Handeln der Generationen, die auf einen potenziellen Konflikt hinweisen? Es bestehen in der Tat Unterschiede im Handeln – aber nicht die zu erwartenden. Um nur drei Beispiele zu nennen: Die Angehörigen jüngerer Generationen besitzen mehr Autos als die Angehörigen älterer Generationen und legen damit jährlich weitaus mehr Kilometer zurück. 29 Prozent der 14- bis 19-Jährigen und

25 Prozent der 20- bis 29-Jährigen gaben an, in den letzten 12 Monaten zwei oder mehr private Flugreisen unternommen zu haben, bei allen anderen Altersgruppen sind die entsprechenden Werte halb so hoch oder niedriger. Jüngere Generationen nutzen weit seltener Ökostrom und achten weit weniger auf die Energieeffizienz ihrer Elektrogeräte als Angehörige älterer Generationen.²⁴ Und so weiter. Zwischen aktuell lebenden Generationen gibt es somit im Bereich der Klimapolitik keinen nachweisbaren Generationenkonflikt zwischen Jungen und Alten – und das ist auch gut so.

VI. Klarblick statt Deckmäntel

Mit der Rede von Generationenkonflikten geht zwangsläufig eine Homogenisierung von Eigeninteressen und damit auch von der Verantwortlichkeit ganzer Generationen einher und dies hat einen wesentlichen Nachteil: Sie entpolitisiert. Das ist genau der Grund, warum im politischen Diskurs Generationenkonflikte beschworen werden, die überhaupt nicht existieren. Unter dem Deckmantel der angeblichen Selbstverständlichkeit von aktuellen oder drohenden Generationenkonflikten lassen sich unpopuläre politische Maßnahmen – Rentenkürzungen beispielsweise – leichter verkaufen. Und auf ähnliche Weise kann der Deckmantel eines behaupteten Generationenkonflikts dazu dienen, Maßnahmen zu unterlassen, die populär sind. Fühlt sich erst eine ganze Generation verantwortlich für den Klimawandel, dann folgt daraus kein Erweckungserlebnis, sondern Ohnmacht. Was soll der Einzelne dann schon tun?

Es wäre eine lohnenswerte Aufgabe politischer Erwachsenenbildung, Generationenkonflikte einmal unter diesem Gesichtspunkt zu diskutieren. Wann ist die Rede von solchen Konflikten berechtigt? Wann entpolitisiert sie? Wann lenkt sie von Verteilungskonflikten innerhalb von Generationen ab? Wann und für wen kann der Missbrauch des Begriffs Generationenkonflikt eine lohnenswerte Strategie sein? Und warum, wenn wir zur Unterstreichung der zuletzt genannten Fragestellung noch einmal zur Klimapolitik zurückkehren, ist die (scheinbar selbstverständliche) Behauptung einer Indifferenz älterer Generationen gegenüber dem Problem des Klimawandels für viele glaubwürdig, obwohl sie offensichtlich nur ein Deckmantel für die Tatsache ist, dass das fortgesetzte Hinausschieben eines wirklich radikalen – und zudem nicht einmal kostspieligen²⁵ – Umsteuerns der Klimapolitik nicht an Generationeninteressen scheitert, sondern an den Interessen jener, die davon tatsächlich profitieren – als Besitzer fossiler Ressourcen, als Finanzinvestoren, als Energiebetreiber, als Automobilhersteller. Ein Konflikt mit diesen Profiteuren wäre wünschenswert. Ein Generationenkonflikt? Nein.

²³ Umweltbundesamt (2018): Umweltbewusstsein in Deutschland 2018, Tabellenband Welle 2, Fragen 1.2. und 1.3.3.

²⁴ S. o. A., Fragen 2.2.1.5. bis 2.2.1.7., 2.3.1., 2.3.2., 3.2.2. und 5.1.

²⁵ Vgl. für eine umfassende Darlegung dieses Sachverhalts Roser, M. (2020): Why did renewables become so cheap so fast? And what can we do to use this global opportunity for green growth? URL: <https://ourworldindata.org/cheap-renewables-growth> [10.12.2020].